

"Hans Apel: Deutschland in Europa" in Die Neue Gesellschaft (1972)

Legende: Im April 1972 stellt Hans Apel, der im Dezember 1972 einen Posten als parlamentarischer Staatssekretär für Außenpolitik im Auswärtigen Amt antreten soll, in der deutschen Zeitschrift Die Neue Gesellschaft Überlegungen zur Stellung und Aufgabe Deutschlands in Europa an.

Quelle: Die Neue Gesellschaft. April 1972, Nr. 4; 19. Jg. Bonn: Verlag Neue Gesellschaft. "Deutschland in Europa", auteur:Apel, Hans , p. 279-285.

Urheberrecht: (c) J.H.W. Dietz Nachf. GmbH

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"hans_apel_deutschland_in_europa"_in_die_neue_gesellschaft_1972-de-7d8178ce-7485-40cd-81e4-e851872637c5.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 03/07/2013

"Hans Apel: Deutschland in Europa" in *Die Neue Gesellschaft* (1972)

Deutschland in Europa, eine unbestimmte politische wie geographische Formel. Denn beide Begriffe sind alles andere als eindeutig. Beginnen wir mit „Deutschland“. Bundespräsident Heinemann hat es als ein schwieriges Vaterland bezeichnet. Wer will das bestreiten, wenn wir einen Blick in unsere Geschichte werfen? Es ist aber, heute wie oft in der deutschen Geschichte, vor allem ein unbestimmtes Vaterland. Nur wenige denken dabei noch an „Groß-Deutschland“. Auch das Deutschland in den Grenzen von 1937 verliert ein Vierteljahrhundert nach der totalen Niederlage Hitler-Deutschlands an politischen Konturen. Die Ostpolitik der Bundesregierung zeigt uns endlich die Wirklichkeiten, wie wir Deutschen sie selbst bewirkt haben.

Also Deutschland als Summe der beiden deutschen Staaten? Willy Brandt spricht von der Einheit der Nation in zwei deutschen Staaten. Diese Aussage entspricht unter den uns zur Auswahl stehenden Deutschlands, zu denen DDR und Bundesrepublik jede für sich hinzukommen, wohl am ehesten dem Deutschlandbild der großen Mehrheit aller Deutschen. Aber wird es sich nicht verflüchtigen, ebenso wie „Groß-Deutschland“ oder „Deutschland in den Grenzen von 1937“? Die Politik der sozialliberalen Koalition will das an gemeinsamer Substanz für unser Volk erhalten, was nach 20 Jahren steriler und einseitiger Außenpolitik vergangener Regierungen übrig geblieben ist. Denn so wichtig und so richtig die westeuropäische Integration für uns alle war, so falsch war die Politik des starren Verharrens und der Unbeweglichkeit nach Osten. Vielleicht werden wir freizügiger als bisher von Deutschland nach Deutschland reisen können. Der Dialog über die leistungsfähigste, die gerechteste, die sozialste, die demokratischste Ordnung von Staat und Gesellschaft wird unvermeidlich kommen und kann eruptive Formen annehmen. Doch wird das vornehmlich ein innereuropäischer oder vielmehr ein innerdeutscher Dialog sein?

Deutschland hat seine klaren geographischen und politischen Konturen verloren. Nach 100 Jahren Einheitsstaat kehrt es zu seiner historischen Tradition zurück mit dem zentralen Unterschied, daß beide deutsche Staaten heute in festgefügte und auf Dauer angelegte Gruppierungen eingebunden sind. Beide Gruppierungen sind gleichzeitig europäische und darüber hinaus greifende. Die NATO weist darauf schon in ihrem Namen hin. Die EWG hat starke Bande der Assoziierung mit einer Reihe afrikanischer Staaten. Osteuropa ist ebenfalls durch seine Vormacht, die Sowjetunion, nicht auf Europa beschränkt. Denn die UdSSR als europäische Macht zu bezeichnen, wäre nicht nur ein gefährliches politisches Diminutiv, und so kann eben eine Europäische Sicherheitskonferenz nicht ohne die Beteiligung Nordamerikas stattfinden; auch geographisch greift die Weltmacht „Sowjetunion“ weit über Europa hinaus.

Was bleibt also noch bei dem Thema „Deutschland in Europa“? Wenig und viel gleichzeitig. Wenig für den, der es zu eng und zu genau auffaßt und von Deutschlands Rolle in Europa etwas hören will. Er wird verwirrt „abschalten“. Viel für den, der trotz dieser Vorbemerkungen gestaltend an der Zukunft unseres Kontinents und der Welt mitarbeiten will. Er muß allerdings zur Kenntnis nehmen, daß a) die DDR einen eigenständigen politischen Willen hat, b) es eine nationalistische und egoistisch gefärbte Politik der Bundesrepublik nicht geben kann und darf, c) die Integration der Bundesrepublik nach Westen ihren Handlungsspielraum nach Osten begrenzt, d) unser Einfluß auf das Weltgeschehen abhängt von der Kraft und der Einmütigkeit Westeuropas. Unsere westdeutsche Politik in Europa will also nach Osten den Frieden sichern und das Selbstbestimmungsrecht für unser Volk erhalten, nach Westen den Integrationsprozeß Westeuropas voranbringen.

Diese beiden Zielsetzungen unserer Europapolitik wurden und werden als widersprüchlich aufgefaßt. Denn, so wird argumentiert, man könne nicht einerseits Westdeutschland zunehmend fester in einen westeuropäischen Verbund einfügen wollen mit dem Ziel der Vereinigten Staaten von Europa und andererseits die nationale Forderung nach der Selbstbestimmung für das deutsche Volk aufrechterhalten. Dieser Einwand war vor allem zutreffend für die Außenpolitik früherer Bundesregierungen, die nach Westen supranationale, nach Osten supernationale Ziele aufstellten und damit zunehmend in logische Inkonsequenzen ihrer Außenpolitik hineinliefen. Heute hat sich dieser Widerspruch insoweit aufgelöst, als die sozialliberale Koalition ihre ost- und deutschlandpolitischen Positionen in Übereinstimmung gebracht hat mit der ihrer westlichen Partner, ja Initiator wichtiger Initiativen ist. Das Recht der Selbstbestimmung für unser Volk ist ein unverzichtbarer Anspruch unserer Politik; dennoch wissen wir, daß es plebiszitär

gegen den Willen der in Ostdeutschland Herrschenden nicht durchsetzbar ist. Es bleibt Marschziel unserer Politik. Ein Erfolg ist aber in absehbarer Zeit nur insofern möglich, als wir zur Entkrampfung im innerdeutschen Verhältnis und zur Erleichterung der individuellen Last der deutschen Teilung beitragen. Ob das Recht auf Selbstbestimmung jemals wieder zu einem einheitlichen Deutschland führen kann und führen wird, liegt nicht nur im Dunkel der Zukunft. Es sind auch politische Konstellationen einer europäischen Friedensordnung denkbar, die dieses Ziel überflüssig, ja unsinnig erscheinen lassen können.

Doch halten wir uns an das Konkrete: Die Bundesrepublik ist untrennbar mit der westeuropäischen Integration verbunden. Die EWG war trotz vielfältiger Krisen ein überwältigender Erfolg. Der Beitritt weiterer westeuropäischer Länder zum Gemeinsamen Markt legt davon Zeugnis ab. Gleichzeitig zeigt aber auch die Weltwährungskrise, daß die wirtschaftliche Integration unübersehbar an ihre politischen Grenzen stößt. Die Haager Gipfelkonferenz vom Spätherbst 1969 hatte deshalb bereits einen Ansatz für die politische Kooperation versucht. Er ging vielen engagierten Europäern nicht weit genug. Und sie hatten aus ihrer Sicht recht. Denn diese Regelungen kratzen die nationale Souveränität direkt nicht an. Und dennoch war dieser Beschluß unter den obwaltenden Umständen von großem Vorteil. Er hat Koordinationsgremien geschaffen, die den Gleichklang unserer westeuropäischen Politik in den einzelnen Mitgliedsländern der EWG sichtbar fördern und die Gemeinschaft auch weltweit handlungsfähiger gemacht haben.

Wird die EWG auf die Dauer nicht von einer noch weitergehenden politischen Einigung begleitet, dann wird sie auf halbem Wege stehenbleiben. Eine derartige Situation kann wegen der fehlenden Gestaltungsmöglichkeiten für den Wirtschaftsraum und die Konjunktur nicht andauern. Sie muß entweder einen Rückfall in die Nationalstaatlichkeit bewirken, ohne daß dadurch die äußere Erscheinung der EWG berührt zu werden braucht, oder zu zwei- oder mehrseitigen Koalitionen der Mitgliedstaaten führen. Im Interesse der Gemeinschaft muß deshalb die Frage gestellt werden, ob es möglich ist, in einer politischen Union zu einer echten Willensbildung auf Gemeinschaftsebene zu kommen und Entscheidungen herbeiführen zu können, die die Beteiligten jetzt und in der Zukunft binden.

Die Alternative, entweder die Integration der Sechs schnell voranzutreiben und dann die Probleme des Brückenschlags zu den europäischen Drittländern zu lösen, oder eine große europäische Freihandelszone ohne politische Zielsetzungen und ohne eine weitgetriebene wirtschaftliche Integration zu schaffen, existiert nach der Erweiterung der EWG um Großbritannien und andere Länder nicht mehr. Die Mehrzahl der EFTA-Staaten hat inzwischen erkannt, daß eine nur auf den Außenhandel mit Industrieprodukten beschränkte Freihandelszone sehr bald an die Grenzen ihrer Funktionsfähigkeit und ihrer Entwicklungsmöglichkeiten stößt. Nicht zuletzt deswegen sind einige von ihnen bereit, ihren Eintritt in die EWG heute unter anderen Gesichtspunkten zu sehen als im Jahre 1958, dem Geburtsjahr der EWG. Die EWG-Länder mußten ihrerseits die Hoffnung begraben, der Gemeinschaft schon sehr bald ein wesentliches politisches Gewicht geben zu können.

Dennoch wird durch eine geographische Ausweitung der EWG das entscheidende Problem der Integration, das der Weiterentwicklung der politischen Beziehungen zwischen den Mitgliedsländern, nur vertagt. Angesichts der Größe und der Bedeutung einer um eine Reihe von EFTA-Ländern erweiterten Gemeinschaft kommt es zur Sicherung der Funktionsfähigkeit der EWG noch stärker darauf an, Mechanismen zu finden, die sicherstellen, die wirtschaftliche Integration durch wachsende politische Bindungen zu begleiten und möglich zu machen. Die bereits für die EWG dargestellte Problematik einer Gefährdung der wirtschaftlichen Integration durch die fehlende politische Übereinstimmung der sechs EWG-Staaten gilt verstärkt für eine noch größere Gemeinschaft.

Die erst vor kurzem beigelegte währungspolitische Krise hat erneut mit Nachdruck deutlich gemacht, wie wenig die allgemein-politische Zusammenarbeit der EWG-Länder bereits entwickelt ist. Jedes Land hatte auf seine Weise an den Symptomen der Weltwährungskrise herumgedoktert. Es war aber auch deutlich geworden, daß das Weltwährungssystem zu stark von der Wirtschafts- und Handelspolitik der USA und ihrer wirtschaftlichen Lage abhängig ist. Erst die egoistische, ja rücksichtslose Politik des Herrn Conally hat die Europäer wenigstens teilweise zur Vernunft und zu einem einheitlichen Vorgehen veranlaßt. Dennoch werden die EWG-Länder noch viel Kraft und Geduld brauchen, ehe sie ihre Pläne zur Verwirklichung ihrer Währungs- und Wirtschaftsunion in die Tat umsetzen können. Selbst wenn dieser wichtige Schritt schnell

geschafft wird, wird Westeuropa mit Sicherheit vor die nächste Herausforderung gestellt sein. Wird das die geplante „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ sein? Oder wird Westeuropa schon vorher gefordert sein, einen abgestimmten und einheitlich vertretenen politischen Willen zu entwickeln? Deshalb kommt dem europäischen Gipfeltreffen in Paris in diesem Jahre eine so große Bedeutung zu.

Die Bundesregierung will auf dieser Konferenz ein ständiges Sekretariat der EWG-Mitgliedstaaten in Brüssel vorschlagen, das die Außenpolitik der Mitgliedstaaten unter Einbeziehung der EWG-Kommission zu koordinieren hätte. Denn, so Walter Scheel, Europa müsse endlich anfangen, mit einer Stimme zu sprechen. In der Tat, es bleibt Westeuropa nicht viel Zeit. Die USA haben nicht mehr das gleiche Interesse an der westeuropäischen Integration wie früher. Sie sehen heute mehr den wirtschaftlichen Konkurrenten als den förderungswürdigen Schützling „EWG“. In den bevorstehenden Runden weitreichender Ost-West-Verhandlungen muß Westeuropa mit einer Stimme sprechen, will es sein Selbstbestimmungsrecht voll sicherstellen. Westeuropa kann es sich aber auch nicht auf Dauer leisten, Dritten gegenüber bei handels- und wirtschaftspolitischen Streitfragen verhandlungsunfähig zu sein, weil sein einheitlicher Wille zu gegenseitigen Konzessionen fehlt. Damit kommt Westeuropa zunehmend in den Verdacht, eine Gruppierung zum Ziele der Einräumung von Vorteilen auf der Basis der Gegenseitigkeit zu sein, für die dann andere zu zahlen hätten.

Der deutsche Vorschlag eines ständigen Sekretariats in Brüssel läßt sich sehr wohl mit dem französischen Vorschlag für ein „europäisches Kabinett“ durch die Benennung nationaler Europaminister verbinden. Wichtig ist, daß wir auf dem Wege zur politischen Integration Europas weiterkommen.

Es soll nicht über das rechte oder falsche europäische Credo diskutiert werden, sondern die heute möglichen Schritte müssen gegangen werden. Es wäre naiv, zu meinen, die wirtschaftliche Integration würde eine entsprechende politische Integration in der Form eines föderalen Europas nach sich ziehen. Ebenso naiv ist es aber, die politischen Bindungen auf Koalitionen der souveränen Nationalstaaten beschränken zu wollen. Die Wirtschaftsintegration verträgt diese Art von Beziehungen der Mitgliedsländer der EWG zueinander nicht. Sie erfordert eine gemeinsame Willensbildung und damit die Abtretung nationaler Souveränität an supranationale Behörden. Diese europäische Willensbildung kann nicht in allen Bereichen den in der EWG vorgesehenen institutionellen Weg gehen. Das Ergebnis kann aber nur darin bestehen, daß schrittweise die Supranationalität entwickelt wird. Anderenfalls sind die Einigungsformeln stets in der Gefahr, zwischen den Mühlsteinen nationaler Maßnahmen zerrieben zu werden. Die untrennbare Bindung von Wirtschaftspolitik und allgemeiner Innen- und Außenpolitik verlangt für jeden ökonomischen Integrationsvorgang von Belang politische Beschlüsse, so daß sich die politischen Beziehungen der Mitglieder nicht mehr auf eine nationale Kooperation der souveränen Staaten beschränken können. Europas Integrationsweg wird auch weiterhin mit Krisen gepflastert sein. Denn schwer ist es, den Nationalstaaten Souveränität zu entwenden. Doch da es keine Alternative zur westeuropäischen Integration gibt, wird dieser schwere Weg schrittweise Fortschritte bringen.

In der Bundesrepublik ist der Wille, zu einer weitreichenden politischen Integration auch über den ökonomischen Bereich hinaus bei allen politischen Parteien voll entwickelt. Daß die Opposition der Regierung immer wieder zu Unrecht mangelnde Aktivitäten in der Europapolitik vorwirft, beweist lediglich, daß sie sich bewußt über die unübersehbaren Hindernisse auf unserem Wege zur Integration hinwegsetzt und übersieht, daß das langsamste Schiff auch hier die Marschgeschwindigkeit des Konvois bestimmt. An uns soll es nicht liegen, die westeuropäische Integration schnell voranzubringen.

Die Völker und ihre Institutionen werden allerdings noch lange ein wesentliches Element der europäischen Politik bleiben. Zu fest sind sie in der geschichtlichen Entwicklung ihres Landes verankert. Dennoch darf nicht übersehen werden, daß der Nationalgedanke vor allem bei uns an Faszination verloren hat. Es hat sich nicht nur die wirtschaftliche und politische Situation entscheidend gewandelt, sondern auch die Wertordnungen und Leitbilder, die die Basis betonter Nationalstaatlichkeit waren. Der Staat unterliegt heute, wie alle öffentlichen Institutionen, einer nüchternen Zweckbetrachtung. Die Zeiten, in denen er an sich bereits ein Objekt der Bewunderung und Verehrung war, sind vorbei.

Dennoch wäre es verfehlt, an die Stelle der Wertordnung der Nationalstaatlichkeit den sogenannten

Europagedanken zu setzen. Damit träte lediglich eine Leerformel an die Stelle einer anderen. Die Vorstellung von einer europäischen Nation ist noch nichtssagender als die Begriffswelt des Europas der Vaterländer. Die Aufgabe des Politikers muß es sein, konkrete Zielsetzungen der europäischen Einigung zu setzen und somit schrittweise den Weg des europäischen Zusammenschlusses zu gehen. Es gibt keine Zwangsläufigkeit einer politischen Entwicklung zurück zur europäischen Nationalstaatlichkeit, ebensowenig wie es eine Automatik zur europäischen Integration gibt. Es ist den Politikern aufgegeben, den politischen Weg zu bahnen.

Damit wird allerdings deutlich, daß der Weg zu den Vereinigten Staaten von Europa noch lang ist. Der Traum von Europa als vierter Weltmacht ist weder ein angenehmer, noch ist er ein realistischer. Westeuropa soll und wird nicht zum Weltpolizisten werden. Es hat keinen missionarischen Auftrag, seinen Lebensstil als Vorbild zu exportieren. Es wird im Innern kulturell pluralistisch und politisch kontrovers bleiben müssen, will es nicht seine Identität verlieren. Diese Vielfalt ist Europas Schwäche gewesen und kann seine Stärke werden, wenn wir sicherstellen, daß Selbstentfremdung und Fremdbestimmung an Europas Einheit abprallen, daß wir unsere Pflicht weltweit zur Linderung von Not und Hunger tun.

Die Hoffnung mancher deutscher Patrioten der Revolution von 1848 war auf ein Deutschland gerichtet, das ähnlich meiner Vision eines einigen Westeuropa ein Land der Humanität und der Vielfalt werden sollte. Sie haben sich nicht durchsetzen können. Das Deutsche Reich wurde nach anderen Gesetzen geformt. Der Klassenkampf, ein borniertes Macht- und Besitzdenken, der Militarismus und Nationalismus deckten die besten deutschen Traditionen ganz oder teilweise zu. Auch jetzt gibt es Politiker, die für ein vereintes Europa in ähnlichen Kategorien denken. Sie spekulieren über eine europäische Atomstreitmacht. Sie sehen in der EWG vor allem einen Tummelplatz für Profitstreben und wirtschaftliche Macht. Der Kampf um Europas Zukunft ist damit auch ein Kampf um politische und soziale Inhalte geworden. Der soziale Rechtsstaat, das sozial verpflichtete Eigentum, die Wirtschaftsdemokratie lassen sich immer weniger in einem Land verwirklichen. Das macht den Fortschritt bei der westeuropäischen Einigung nicht leichter. Denn zu leicht sind gerade die Progressiven versucht, lieber ihr eigenes Land zu einem Muster von Sozialstaatlichkeit zu entwickeln, als auf europäische Formeln zum Fortschritt zu warten. In dieser Gefahr sind nicht zuletzt wir Deutschen. Die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten der Aktiengesellschaften der Bundesrepublik ist weit entwickelt. Die Arbeitnehmer stellen mindestens ein Drittel der Vertreter in den Aufsichtsräten. In der Montanindustrie haben sie die volle Parität erreicht. Die Betriebsräte erhalten durch das neue Betriebsverfassungsgesetz Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte, die über vergleichbare Regelungen in den anderen EWG-Ländern hinausgehen. Die deutschen Gewerkschaften wie die SPD wollen bei allen Großunternehmen die volle Parität der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat durchsetzen. CDU wie FDP können sich dem Druck dieser Forderung immer weniger entziehen und nähern sich in ihren Mitbestimmungsformeln der Parität.

Doch in diese Entwicklung tritt unübersehbar als „Störfaktor“ die EWG ein. Die unterschiedliche Stärke der demokratischen Sozialisten in den EWG-Ländern, die Spaltung der Gewerkschaften in Italien und Frankreich in mehrere Richtungen sind nur ein Grund für die begrenzten Chancen, unsere politischen Vorstellungen von Wirtschaftsdemokratie und Partnerschaft in der EWG schnell zu verwirklichen. Hinzu kommt die unterschiedliche ideologische Akzentuierung der Parteien und Gewerkschaften in Westeuropa. Revolutionärer Sozialismus und evolutionäre Sozialdemokratie finden kaum eine Basis für eine einheitliche politische Aktion. Für die demokratischen Sozialisten ist der Beitritt der Skandinavien und Großbritanniens zur EWG eine große Hoffnung auf Stärkung ihrer Position.

In einer sich schnell entwickelnden Wirtschaftsgemeinschaft sind dem sozialen und dem gesellschaftlichen Fortschritt in einem Lande dadurch Grenzen gesetzt, daß die Privatwirtschaft einem zu starken Druck auf ihre Gewinne durch eine neue Steuerpolitik, einer unerwünschten Mitbestimmung der Arbeitnehmer, wenigstens potentiell durch Abwanderung oder Neuorientierung ihrer Investitionsentscheidungen begegnen kann. Sozialer Fortschritt wird in Westeuropa isoliert in einem Lande immer schwerer durchsetzbar. Das hat auch für die Bundesrepublik mit ihrer intelligenten und dynamischen Gewerkschaftsbewegung, ihrer modernen und ideologiefreien Parteienstruktur unübersehbare Konsequenzen. Unser gesellschaftspolitischer Fortschritt wird in seiner Marschgeschwindigkeit immer abhängiger von unseren westeuropäischen Nachbarn.

Die EWG braucht mit ihrer zunehmenden politischen Bedeutung einen ihr gemäßen politischen Unterbau. Nationale Gewerkschaften wie nationale Parteien können ihn auf die Dauer nicht liefern. Deshalb ist die Forderung nach der parteipolitischen Integration vernünftig. Integrieren kann man aber nur Gleichartiges, mindestens Ähnliches.

Das Dilemma ist unübersehbar:

a) Eine Verweigerung dieser weitergehenden Zusammenarbeit hält zwar die SPD intakt, regierungsfähig und alle Verbalradikalismen in Grenzen. Sie schwächt aber gleichzeitig die gemäßigten Flügel unserer Nachbarparteien, da sie den helfenden Arm der SPD nicht erreichen. So kann ein weiteres Auseinanderwachsen möglich werden.

b) Die Verwirklichung der sozialen Demokratie in einem Lande der EWG wird immer schwieriger. Uns Deutschen kann deshalb die politische Entwicklung in den anderen Ländern nicht gleichgültig sein. Für sie muß die SPD Opfer bringen. Das darf wiederum aber nicht um den Preis ihrer politischen Entmachtung in der Bundesrepublik geschehen. Denn dieses Land ist das industrielle Zentrum Europas; hier werden viele gesellschaftspolitische Weichen für Europa mitgestellt.

c) Wir Sozialdemokraten hoffen auf die britischen und skandinavischen Sozialisten. Doch werden sie schnell genug bereit sein, in supranationalen Kategorien dieser Größenordnung zu denken?

Der Integrationsprozeß geht unaufhörlich weiter. Europas künftige politische Gestalt liegt im Dunkeln. Die EWG muß mehr als ein lockerer Staatenbund mit gemeinsamen ökonomischen Regeln werden. Wir wollen die Vereinigten Staaten von Europa. Wenig spricht allerdings dafür, daß die Parteiendemokratie in ihrer eindeutigen westdeutschen Ausprägung sehr schnell europäisches Format erreicht. Dann aber stellt sich auch die Frage nach der Rolle eines dereinst direkt gewählten Europäischen Parlaments im politischen Willensbildungsprozeß anders. Die parlamentarische Parteiendemokratie funktioniert nur, wenn homogene und auf Dauer angelegte Regierungsmehrheiten zustande kommen. Schnell wechselnde parlamentarische Mehrheiten bei weitgehender Ohnmacht der politischen Parteien können ein Land — geschweige ein zusammengewachsenes Europa — nicht regieren. Für ein Präsidialregime nach US-Vorbild wird Europa noch lange nicht reif sein. Damit wird deutlich, daß die nationale Komponente im Ministerrat noch lange Zeit eine unübersehbare Rolle spielen wird. Das muß aber alle Demokraten um so mehr anspornen, die Voraussetzungen für eine voll wirksame parlamentarische Kontrolle in der EWG schnell zu schaffen.

In der öffentlichen Debatte über die notwendige Demokratisierung der Europäischen Gemeinschaft wird insbesondere von ihren Befürwortern aus den kleineren Mitgliedsländern gewollt oder ungewollt übersehen, daß jede Demokratisierung der Entscheidungsmechanismen durch die Schaffung eines vollwertigen Europäischen Parlaments schließlich zu einer Majorisierung der kleineren Länder führen kann. Denn wer das freigewählte Europäische Parlament will mit vollen Befugnissen, der wird auch gleich großen Wahlkreisen zustimmen müssen. Die Bundesrepublik und Luxemburg haben zur Zeit 36 bzw. 6 Abgeordnete im Europäischen Parlament bei einer Einwohnerzahl von 60 Millionen zu 0,35 Millionen Bürgern. Dieses krasse Mißverhältnis kann doch nicht beibehalten werden, wenn es um echten Parlamentarismus gehen soll. Denn die Vertretung der Interessen der EWG-Mitgliedsländer obliegt dem Ministerrat.

Hier hat jedes Land seine Stimme zur Vertretung seiner Interessen. Bleibt aber der Enthusiasmus für eine voll entwickelte parlamentarische Demokratie in der EWG voll erhalten, wenn die Mandate proportional zur Einwohnerzahl verteilt werden? Oder empfehlen sich dann doch gerade im Interesse des Minderheitenschutzes vorsichtiges und schrittweises Vorgehen, in jedem Falle aber ein Zweikammer-System mit wirksamen Vetorechten der Vertreter der Nationalstaaten im „Senat“ sprich Ministerrat?

Schon jetzt ist das unterschiedliche Schwergewicht der EWG-Länder unübersehbar. Die Wirtschaftskraft der Bundesrepublik ist ebenso sehr ein Faktum, wie die politische Schlüsselstellung Frankreichs und die künftige wichtige Rolle Großbritanniens in der Gemeinschaft. Gravitationszentren lassen sich nicht wegmanipulieren.

Sie schlagen durch und bleiben fühlbar mit oder ohne demokratische Strukturen in der westeuropäischen Integration. Zum Problem werden sie sowieso erst dann, wenn mit ihnen zielbewußte Politik betrieben wird gegen die Interessen der Bürger der Gemeinschaft.

Die heute unübersehbaren Begrenzungen einheitlicher europäischer Willensbildung werfen insbesondere die Frage nach dem aktuellen Verhältnis der Gemeinschaft zu den USA auf. Denn dieses Verhältnis und seine künftige Entwicklung sind wichtig für die Zukunft der EWG selbst. Dabei kann nicht übersehen werden, daß der Abstand zwischen Europa und den USA eher zu- denn abnimmt. Diese Entwicklung hat auch positive Seiten. Sie zwingt die Europäer, ihre eigenen Probleme selbst in die Hand zu nehmen. Die Gefahren dieser Entwicklung sind dennoch deutlich erkennbar. Das wechselseitige Vertrauen, das feste Engagement für die gleichen Ideale, die engen Handels- und Wirtschaftsverflechtungen sind die Voraussetzung für die atlantische Partnerschaft. Sie aber ist die Basis für unsere Politik der Aussöhnung mit dem Osten. Eine Trennung Europas von den USA kann diese Politik schnell beenden und Europa neuen politischen und militärischen Druck und damit Instabilität bringen.

Die Politik zur Überwindung der Teilung Europas in Ost und West ist insbesondere im Interesse Deutschlands. Nur so kann unsere nationale Option der Selbstbestimmung für unser Volk wirksam bleiben. Nur so bleibt West-Berlins Zukunft sicher. Diese Politik ist solange erfolgreich, wie das Engagement der USA in und für Europa sichergestellt ist. Deshalb muß die Bundesrepublik auch ein besonderes, ein vitales Interesse an der atlantischen Partnerschaft haben. Allerdings können sich andere EWG-Länder auch nur deshalb ein kühleres Verhältnis zu den USA leisten, weil sie wissen, daß wir Deutschen dem schon begegnen werden und dafür auch die erforderlichen Opfer bringen. Denn auch sie wissen natürlich, daß Westeuropa noch lange Jahre braucht, ehe es dem Druck anderer Weltmächte ohne die Unterstützung der USA begegnen kann.

Dennoch beginnt eine neue Phase der europäisch-amerikanischen Beziehungen. Sie wird immer wieder handfesten Streit um wirtschaftliche Vor- und Nachteile bringen. Sie wird die Präsenz der US-Truppen in Europa zur Debatte stellen und damit den entsprechenden Kostenausgleich. Europa muß an diesen Debatten reifen, seine ihm eigene „Nabelschau“ überwinden und seine Pflichten und Rechte in der Welt vertreten. Die USA haben in der Europäischen Gemeinschaft kein Rudel von Halbwüchsigen mehr vor sich, das man entsprechend behandeln kann. Wir müssen den USA die Vertretung ureigenster nationaler Interessen zugestehen. Entscheidend sind nicht harte Kontroversen. Entscheidend ist der feste und unerschütterliche Wille, an der atlantischen Partnerschaft festzuhalten.

Deutschland ist in Europa nur ein Element europäischer Politik und westeuropäischer Integration. Wir haben unsere besonderen Anliegen in diesem Verbund zu vertreten. Sie decken sich nach zwei Jahren sozial-liberaler Koalition stärker als je zuvor mit den Anliegen unserer Nachbarn. Die volle Übereinstimmung mit unserer Ostpolitik und ihr unübersehbarer Erfolg wie der Beitritt weiterer Staaten zur EWG, gehen auf das Konto der Bundesregierung. Der Boden ist bereit für einen weiteren Schritt auf dem Wege zu Westeuropas Einheit. Sie kann sich nur vollziehen in der engen Freundschaft mit den USA und der zunehmenden Entspannung mit Osteuropa und der Sowjetunion. Deutschland im Schnittpunkt des geteilten Europa hat dabei eine besondere Verpflichtung und eine wichtige Rolle zu spielen.